

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 284 / 2014

Kiel, Freitag, 20. Juni 2014

Innen / Flüchtlinge

Wolfgang Kubicki: Den Menschen vor Ort muss mit konkreten Maßnahmen geholfen werden

In seiner Rede zu TOP 43 (Abschiebestopp in die Balkanregion) erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Der Antrag der Piratenfraktion besteht aus einem Satz. So weit so gut. Ich bin der Auffassung, dass lang ausschweifende Antragstexte nicht unbedingt ein Garant für inhaltlich gute Anträge sind. Kurz und knackig dürfen Anträge gern sein – sie müssen dann aber auch fachlich und formal richtig sein.

Dieser Antrag ist beides nicht.

So sind im Antragsatz gleich mehrere Fehler zu finden.

Zum einen wird ein Abschieb...stopp gefordert. Ein Rechtschreibfehler, der vielleicht nicht so tragisch zu bewerten ist. Doch dann folgt ein fachlicher Fehler. Der Abschieb...stopp wird nämlich für die betroffenen Balkanländer gefordert – hier zitiere ich wieder aus dem Antragsatz:

„insbesondere Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kroatien“

Weshalb die Piratenfraktion Kroatien in Verbindung mit dem Abschiebeparagraphen 58 Aufenthaltsgesetz setzt, bleibt wohl ihr Geheimnis. Denn die Staatsangehörigen Kroatiens sind seit dem 1. Juli 2013 – das Datum, an dem Kroatien in die Europäische Union beigetreten ist – Unionsbürger und damit nicht von Abschiebung bedroht.

Sie genießen vielmehr Freizügigkeit in der Europäischen Union – anders als die Bürgerinnen und Bürger der Staaten Bosnien-Herzegowina und Serbien.

Zuletzt ist, im Antragssatz ein völlig falscher Adressat benannt. Kollegin Beer tut sich und auch den Betroffenen keinen Gefallen damit, dass diskutable und zum Teil sehr wichtige Anliegen durch derartig stümperhafte Anträge an Bedeutung verlieren.

Nun zum weiteren Verfahren – meine Fraktion wird höchstens einer Ausschussüberweisung zustimmen. Falls die Piraten heute eine Abstimmung über diesen Antrag herbeiführen wollen, wird sich die FDP-Fraktion aus den eben genannten Gründen gegen diesen Antrag aussprechen.

Der Änderungsantrag der regierungstragenden Fraktionen enttäuscht auf ganzer Linie.

Dort heißt es lediglich ‚*der Landtag begrüßt*‘ oder ‚*der Landtag erwartet*‘ – von Tatendrang keine Spur.

Das ist der FDP-Fraktion zu wenig. Denn in Teilen von Serbien, Bosnien-Herzegowina und Kroatien kämpfen die Menschen um ihre wirtschaftliche Existenz.

In unserem Antrag fordern wir konkret zum Handeln auf:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein entsprechendes Hilfsprogramm für die Betroffenen der Hochwassergebiete ins Leben gerufen wird.

Das Hilfsprogramm beinhaltet:

- 1) Hilfe beim Wiederaufbau in den zerstörten Gebieten,
- 2) es soll sichergestellt werden, dass die Aufbauhilfe die Betroffenen vor Ort tatsächlich erreicht
und
- 3) Spezialisten sollen die aufgespülten Landminen beseitigen.

Dies ist kein Schauantrag, sondern ein konkreter Handlungsvorschlag, wie den Menschen vor Ort geholfen werden kann. Abschiebestopps sind zeitlich begrenzt und können für die Betroffenen keinesfalls eine Dauerlösung darstellen.

Ich werbe um Zustimmung für den Antrag der FDP-Fraktion.“